



**MEHR
ERFAHREN**

Volkswirtschaft

Wirtschaft-KOMPAKT



STARK

Inhalt

Hinweise zu den digitalen Zusätzen



Vorwort

Wirtschaftsordnungen	1
1 Wirtschaften unter den Bedingungen von Knappheit	1
1.1 Produktionsfaktoren	2
1.2 Arbeitsteilung	2
1.3 Elemente der Wirtschaftsordnung	3
1.4 Institutionen und Eigentumsordnung	4
2 Wirtschaftliche Koordinierungssysteme	5
2.1 Freie Marktwirtschaft	5
2.2 Zentralverwaltungswirtschaft	6
2.3 Die Soziale Marktwirtschaft	7
3 Märkte und Preisbildung	10
3.1 Märkte	10
3.2 Preisbildung	10
3.3 Anwendungsbeispiel: Der Markt als Informationssystem und die Signalwirkung der Preise	13
Wirtschaftskreisläufe	15
1 Volkswirtschaftlich denken	15
1.1 Grundgedanken des gesamtwirtschaftlichen Rechnungswesens	15
1.2 Das Modell des Wirtschaftskreislaufs	16
2 Wichtige volkswirtschaftliche Größen – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	20
2.1 Das Bruttoinlandsprodukt	20
2.2 Probleme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	24
2.3 Die Umweltökonomische Gesamtrechnung	25

Konjunktur und wirtschaftspolitische Zielsetzungen 27

1 Konjunkturelle Entwicklungen	27
1.1 Das Erscheinungsbild der Konjunktur	28
1.2 Konjunkturindikatoren	29
1.3 Konjunkturtheorien	30
1.4 Wirtschaftliche Schwankungen im Zeithorizont	31
2 Wirtschaftspolitische Zielsetzungen	33
2.1 Das Stabilitätsproblem in Marktwirtschaften	33
2.2 Das Wachstumsziel	34
2.3 Das Ziel der Vollbeschäftigung	36
2.4 Das Ziel der Preisniveaustabilität	40
2.5 Der Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit	45
2.6 Das Ziel außenwirtschaftliches Gleichgewicht	48
2.7 Vom Viereck zum Vieleck	52

Wirtschaftspolitische Konzeptionen 53

1 Die Keynesianische Stabilisierungskonzeption	53
1.1 Keynes Schlussfolgerungen aus der Weltwirtschaftskrise	53
1.2 Der nachfrageorientierte Ansatz	54
1.3 Der nachfrageorientierte Ansatz in der Übersicht	56
1.4 Kritik an der nachfrageorientierten Theorie	56
1.5 Die Grenzen staatlicher Finanzpolitik	57
2 Die monetaristische Marktkonzeption	58
2.1 Die monetaristische Position	58
2.2 Der angebotsorientierte Ansatz in der Übersicht	59
2.3 Die Quantitätstheorie des Geldes	59
2.4 Der aufkommensoptimale Steuersatz	61
2.5 Kritik an der Angebotstheorie	62

Finanz- und Einkommenspolitik 63

1 Finanzpolitik	63
1.1 Funktion staatlicher Finanzpolitik	63
1.2 Finanzpolitische Instrumente – Staatseinnahmen	64
1.3 Finanzpolitische Instrumente – Staatsausgaben	69
1.4 Staatsverschuldung	71
2 Einkommens- und Vermögenspolitik	75
2.1 Einkommensverteilung	75
2.2 Tarifautonomie und Lohnpolitik	77
2.3 Vermögensverteilung	79
2.4 Vermögensumverteilung	81

Geldpolitik 83

1 Geldfunktionen und -arten	83
2 Geldschöpfung in einem Bankensystem mit anteiligem Reservesatz	85
3 Die Europäische Zentralbank	87
3.1 Der institutionelle Rahmen der einheitlichen Geldpolitik	87
3.2 Das Euro-Währungsgebiet	88
3.3 Die geldpolitische Strategie der EZB	89
3.4 Instrumente der Geldpolitik	92
4 Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik	94
4.1 Expansive und restriktive Geldpolitik	94
4.2 Diskretionäre oder regelgebundene Geldpolitik	95
4.3 Einheitliche Geldpolitik in einer uneinheitlichen Welt	96

Wachstums- und Strukturpolitik 97

1 Wachstumspolitik	97
1.1 Wirtschaftswachstum	97
1.2 Bestimmungsfaktoren des Wachstums	98
1.3 Aspekte staatlicher Wachstumspolitik	100
1.4 Kritik am Wachstumsbegriff	101

2	Strukturwandel als Begleiterscheinung des Wachstums	102
2.1	Die Drei-Sektoren-Hypothese	102
2.2	Ursachen des Strukturwandels	104
2.3	Wachstumsspezifika des Informations- und Kommunikationssektors	105
3	Strukturpolitik	106
3.1	Ziele der Strukturpolitik	106
3.2	EU-Strukturpolitik	107
3.3	Strukturpolitik in Deutschland	110

Umweltökonomie **113**

1	Externe Effekte und Marktversagen	113
2	Prinzipien der Umweltpolitik	115
3	Umweltpolitische Strategien	116
3.1	Auflagen, Gebote und Verbote	116
3.2	Verhandlungslösungen: Das Coase-Theorem	117
3.3	Ökosteuern	118
3.4	Europäischer Emissionshandel	120

Außenwirtschaft und Globalisierung **121**

1	Theorie der Außenwirtschaftspolitik	121
1.1	Interindustrieller Handel	121
1.2	Intraindustrieller Handel	124
2	Leitbilder der Außenwirtschaftspolitik	126
2.1	Entwicklung des Welthandels	126
2.2	Freihandel und Protektionismus	127
2.3	Die Terms of Trade	128
3	Instrumente der Außenwirtschaftspolitik	129
3.1	Handelshemmnisse	129
3.2	Strategische Handelspolitik	130
3.3	Argumente für eine liberale Handelspolitik	131
4	Außenwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung	132
4.1	Begriff der Globalisierung	132
4.2	Die Ursachen der Globalisierung	132
4.3	Die Folgen der Globalisierung	134
4.4	Institutionen der Weltwirtschaft	136

5	Internationale Finanzmärkte	139
5.1	Wechselkurs und Devisenmarkt	139
5.2	Wechselkurs und Außenhandel	140
5.3	Wechselkurspolitik	141
5.4	Die Entwicklung der Finanzmärkte	142
5.5	Die Finanzkrise	145
5.6	Die Eurokrise	147

Neue Institutionenökonomik 151

1	Ökonomische Verhaltenstheorie	151
2	Die institutionenlose Welt der klassischen Ökonomie	152
3	Ansätze der Neuen Institutionenökonomik	153
3.1	Der Transaktionskostenansatz	153
3.2	Der Verfügungsrechtsansatz	154
3.3	Der Prinzipal-Agent-Ansatz	156
3.4	Konsequenzen für die Wirtschaftstheorie	159

	Stichwortverzeichnis	161
	Abbildungsnachweis	165

Autor: Manfred Wissel

Zum Vertiefen der wichtigsten Fachbegriffe umfasst der Band auch die Web-App MindCards. Dabei können wichtige Fachbegriffe in Form von Online-Karteikarten geübt werden.



Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

dieser Band aus der Reihe „Kompakt-Wissen“ bietet Ihnen eine komprimierte Darstellung der wichtigsten Inhalte der Volkswirtschaftslehre.

Der Band umfasst alle Themen, die in den Lehrplänen als unverzichtbar angesehen werden und neben ihrer Prüfungsrelevanz einen wichtigen Beitrag zur ökonomischen Bildung leisten. Damit Sie sich effektiv und schnell auf Klausuren und die Abiturprüfung vorbereiten können,

- werden die Inhalte knapp und dennoch verständlich und umfassend dargestellt.
- Die einzelnen Kapitel sind in überschaubare und gut einprägsame Unterkapitel gegliedert. Zentrale Begriffe sind farbig hervorgehoben, damit Sie sich schnell orientieren können und sich Ihnen das Wichtigste auf einen Blick erschließt.
- Zahlreiche Schaubilder und Grafiken veranschaulichen die im Text beschriebenen Zusammenhänge.
- Ein Stichwortverzeichnis am Ende des Buches ermöglicht Ihnen, die gewünschten Inhalte zügig und treffsicher zu finden.

Ich wünsche Ihnen einen hohen Erkenntnisgewinn und Freude bei der Lektüre und vor allem viel Erfolg bei der Anwendung Ihres erworbenen Wissens im schulischen Alltag und in der Orientierung innerhalb unserer Gesellschaft.



Manfred Wissel

Wirtschaftspolitische Konzeptionen

Meinungsunterschiede unter Ökonomen, so unvermeidlich sie sind, stellen Politiker vor die Frage, nach welchen wirtschaftspolitischen Grundkonzepten sie ihre eigene Politik ausrichten sollen. Die Differenzen in den jeweiligen Positionen ergeben sich, da Ökonomen oft von verschiedenen normativen Wertvorstellungen ausgehen.

1 Die Keynesianische Stabilisierungskonzeption

1.1 Keynes Schlussfolgerungen aus der Weltwirtschaftskrise

Die Weltwirtschaftskrise infolge des Crashes an der New Yorker Börse am 29. 10. 1929 dauerte bis weit in die 30er-Jahre. Nach Auffassung der Klassiker der Nationalökonomie hätte sie nur eine kurze Episode sein dürfen. Nach ihrer Meinung hätte es weder dauerhaft Unterbeschäftigung noch zuviel oder zuwenig Investitionen oder Konsum geben können. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes hätte alles regeln müssen.

Doch die destabilisierten Märkte waren offensichtlich nicht in der Lage, von allein wieder ins Gleichgewicht zu kommen. Für die Erklärung der ökonomischen Wirklichkeit waren die bisherigen Theorien nicht mehr ausreichend.

Eine „Revolution“ in der Wirtschaftstheorie stellte das 1936 erschienene Werk des englischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883–1946) dar, das den Titel *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* trug.

Nach der klassischen Theorie hätte Arbeitslosigkeit zu einem Rückgang der Löhne bis zu jenem Punkt führen müssen, von dem an Unternehmen die Arbeitskräfte wieder eingestellt hätten. Keynes nahm Folgendes an: Die Tarifpolitik der Gewerkschaften hat die Löhne nach unten hin relativ starr gemacht. Die Senkung der Löhne kann aber

keineswegs die Lösung sein. Betrachtet man ein einzelnes Unternehmen oder einen einzelnen Arbeiterhaushalt, ist die klassische Stabilitätshypothese zwar richtig. Senken aber im Krisenfall alle Unternehmen die Löhne, sinkt die gesamtwirtschaftliche Konsumnachfrage. Es entsteht eine **Nachfrangelücke**. Es ist aber die Nachfrage, die das Angebot bestimmt. Aus diesem Dilemma führt die Erhöhung der Kaufkraft der Haushalte durch Lohnsteigerungen. Nach der sogenannten **Kaufkrafttheorie** hätten wachsende Konsumausgaben eine erhöhte Auslastung der Produktions- und Beschäftigungskapazitäten in der Konsumgüterindustrie und in einem zweiten Schritt auch aufgrund notwendiger Erweiterungsinvestitionen in der Investitionsgüterindustrie zur Folge.

1.2 Der nachfrageorientierte Ansatz

Keynes Wechsel der Sichtweise vom **mikro-ökonomischen** Ansatz der Klassik zur **makro-ökonomischen** Theorie gesamtwirtschaftlicher Größen bedeutete einen Paradigmenwandel in der Nationalökonomie und stellt den Beginn der modernen Volkswirtschaftslehre dar. Die zentrale Frage für ihn war, wie die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wieder auf ein Niveau gehoben werden kann, das Vollbeschäftigung ermöglicht. Keynes' Theorie besagt Folgendes: Die geringe Konsumnachfrage hat ihre Ursache in der herrschenden Arbeitslosigkeit. Die geringe Investitionsnachfrage ist bedingt durch die Erwartung der Unternehmer, angesichts ungenügender Gesamtnachfrage lohnt sich die Investition nicht. Damit verbleiben lediglich noch Auslands- und Staatsnachfrage. Die Krisen sind konjunkturellen Ursprungs, daher ist auch das Ausland betroffen, Hilfe von dort ist nicht zu erwarten. Damit verbleibt lediglich der Staat, um die Nachfrangelücke zu schließen, durch staatliche Investitionen oder auch durch Staatskonsum. Vorübergehend darf er Haushaltsdefizite in Kauf nehmen (**deficit spending**), eine bis dahin in der Wirtschaftstheorie für unmöglich gehaltene Vorstellung. Kommt der Wirtschaftsprozess wieder in Schwung, erhöhen sich die Steuereinnahmen und der Staat ist in der Lage, seine Schulden zurückzuzahlen und darüber hinaus Haushaltsrücklagen zu bilden.

Wirtschaftskrisen waren für Keynes Konjunkturkrisen. Für das von ihm vorgeschlagene Verfahren, dass der Staat im Sinne einer **Globalsteuerung** der Konjunkturentwicklung entgegengerichtet wirken soll, hat sich der Begriff der **antizyklischen Finanzpolitik** eingebürgert. Seine Anhänger werden oft **Fiskalisten** oder **Keynesianer** genannt. Da das Konzept an der Gesamtnachfrage ansetzt, wird es als **nachfrageorientiert** bezeichnet.

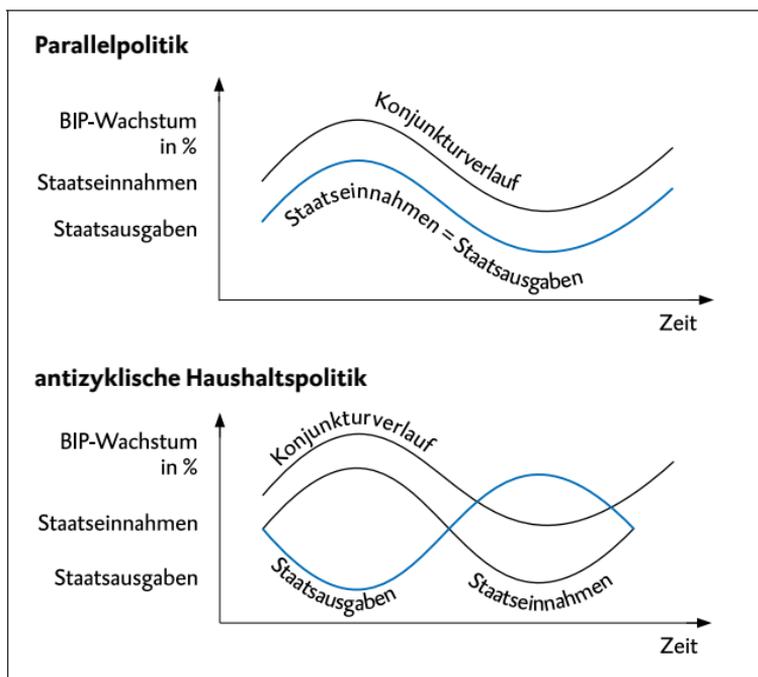
In der Bundesrepublik Deutschland erhielt der keynesianische Ansatz seine historische Chance vor dem Hintergrund der schweren Rezession von 1965–1967. Das **Stabilitätsgesetz** von 1967, verabschiedet von der Großen Koalition mit Karl Schiller als Wirtschaftsminister, enthielt eine Reihe antizyklisch gemeinter Maßnahmen.

Für die Phase der **Hochkonjunktur** sah das Gesetz z. B. vor:

- die Schaffung einer Konjunkturausgleichsrücklage, die bei der Bundesbank stillzulegen ist,
- die zusätzliche Tilgung von Staatsschulden,
- die Erhöhung der Einkommens- und Körperschaftssteuer für maximal ein Jahr,
- die Beschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten.

Für die Phase der **Konjunkturabschwächung** waren vorgesehen:

- die Entnahme von Mitteln aus der Konjunkturausgleichsrücklage,
- zusätzliche öffentliche Ausgaben, auch über Kredite finanziert,
- die Senkung der Einkommens- und Körperschaftssteuer für maximal ein Jahr,
- die Möglichkeit von Investitions- und Beschäftigungsprogrammen.



1.3 Der nachfrageorientierte Ansatz in der Übersicht

- Marktwirtschaftliche Systeme neigen zu Instabilitäten („Instabilitätstheorie“).
- Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bestimmt die Höhe der Produktion, des Volkseinkommens und der Beschäftigung („Nachfrageorientierung“).
- Der Staat kann das Marktsystem durch eine antizyklische Konjunkturpolitik stabilisieren („Politikoptimismus“).
- Die Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate gilt als marktwirtschaftskonform.
- Vorrangig ist das Beschäftigungsziel, nachrangig das Ziel der Geldwertstabilität.
- Zentraler Politikbereich ist die Fiskalpolitik („Globalsteuerung“); von ihr gehen Multiplikatoreffekte aus („Multiplikatoroptimismus“).
- Die Geldpolitik soll die Fiskalpolitik unterstützen („Politik des billigen Geldes in der Rezession“).
- Notwendig ist eine einkommenspolitische Flankierung durch „Konzertierte Aktion“ oder „Lohn- und Preiskontrollen“.

1.4 Kritik an der nachfrageorientierten Theorie

Von 1970 bis 1982 stieg der Anteil der Staatsausgaben am BNE (Staatsquote) von 39,1 % auf 49,8 %. Im selben Zeitraum wuchs die Schuldenstandsquote (Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Relation zum BIP in jeweiligen Preisen) von 18,6 % auf 38,7 % an. Der Keynesianismus hatte zu Staatsversagen geführt und Staatsverschuldung auch in Friedenszeiten salonfähig gemacht. Zahlreiche Kritiker meldeten sich zu Wort: Postkeynesianische Wirtschaftspolitik sei Nachfragestützungspolitik. Gesichert werde damit allerdings immer nur die hohe Auslastung der bereits bestehenden Kapazitäten, nicht aber das Entstehen neuer Märkte und neuer Technologien. Zur Marktwirtschaft gehöre eben auch, dass Unternehmen, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind, vom Markt verschwinden und damit Platz machen für Unternehmen, die innovativ sind und kostengünstig produzieren. Insbesondere Mancur Olson wies am Beispiel der „**englischen Krankheit**“ nach, dass auch die postkeynesianische Wirtschaftspolitik zum *Niedergang von Nationen* (so der Titel seines Buches) beitragen kann. Die inflatorische Schlagseite der postkeynesianischen Konjunkturpolitik, die Überforderung der

Wirtschaft im Zeichen der Finanzpolitik, die zahlreichen Konjunkturprogramme, die nur Strohfeuern glichen, und die strukturkonservierenden Effekte führten zuerst zur Beschleunigung der Inflation und schließlich zur Investitions-, Wachstums- und Beschäftigungskrise.

Seit 1975 stiegen Inflation und Arbeitslosigkeit gleichzeitig, ein Dilemma für Vertreter einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Die Bekämpfung der Inflation durch Nachfragedämpfung hätte nur zusätzliche Beschäftigungsprobleme zur Folge gehabt. Hätte man versucht, die Beschäftigung durch Nachfrageausweitung zu erhöhen, wäre die Inflationsrate gestiegen. **Stagflation**, d. h. Stagnation des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitigem Anstieg der Preise und der Arbeitslosenzahl, ist das Schlagwort für diese Erscheinung.

1.5 Die Grenzen staatlicher Finanzpolitik

- Während in Abschwungphasen eine expansive Finanzpolitik durch kreditfinanzierte Staatsausgaben auf keinen nennenswerten Widerstand politischer Interessen stößt, wird die politische Asymmetrie sichtbar, wenn in Aufschwungphasen eine restriktive Finanzpolitik mit Rücksicht auf organisierte politische Sonderinteressen, die bei Wahlen Einfluss haben, unterbleibt.
- Die föderalistische Struktur der Bundesrepublik mit unabhängiger Ausgabenpraxis von Bund, Ländern und Gemeinden ermöglicht das unkoordinierbare Nebeneinander von antizyklischem Verhalten des Bundes und prozyklischer Praxis der nachgeordneten Ebenen.
- Finanzpolitische Maßnahmen sind in der Regel auf den langwierigen Prozess der politischen Willensbildung in Parlamenten angewiesen. Wegen unkalkulierbarer Wirkungsverzögerungen (time lag) beeinflussen staatliche Entscheidungen häufig den Wirtschaftsverlauf in einer Phase, für die sie nicht konzipiert waren.
- Keynesianische Wirtschaftspolitik ist vor allem an aktuellen Problemen orientiert. Wenn der Staat vorrangig jene Branchen und Sektoren unterstützt, die in Schwierigkeiten geraten sind, verhindert er langfristig notwendige Strukturveränderungen einer Volkswirtschaft.
- Da Haushaltsdefizite bei Verschiebung der Konsolidierung auf unbestimmte Zeit in Kauf genommen werden, wächst die Staatsverschuldung. Der Spielraum für Haushaltspolitik wird immer geringer.
- Bei der Kreditaufnahme konkurriert der Staat in zunehmendem Maße mit privaten Kreditnehmern, trägt zur Verteuerung der Kredite bei und verdrängt private Investoren (**Crowding-Out-Effekt**).



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH ist urheberrechtlich international geschützt. Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung des Rechteinhabers in irgendeiner Form verwertet werden.

STARK